Montag, 25. September 2017

Meuc Zürcher Zeitung

GELDANLAGE 29



Behinderten Kindern helfen zu wollen, kann ein wichtiges Motiv für die Gründung einer Stiftung sein.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Wie gründet man eine Stiftung?

Einiges ist zu beachten – sonst könnte der Familienfrieden in Gefahr geraten

MICHAEL FERBER

Der Wunsch, der Gesellschaft etwas zurückzugeben oder anderen Gutes zu tun, fehlende Erben oder ein spezielles persönliches Erlebnis – die Gründe für philanthropisches Engagement sind vielfältig. In der Schweiz haben Stiftungen eine lange Tradition. Das Land hat ein liberales Stiftungsrecht, folglich ist es relativ einfach, eine Stiftung zu gründen. Was gilt es dabei zu beachten?

Vier Phasen der Gründung

Dominique Jakob, Leiter des Zentrums für Stiftungsrecht an der Universität Zürich, teilt die Gründung einer Stiftung in vier Phasen ein: Idee, Konzept, Plan und Umsetzung.

In der ersten Phase steht dabei die Frage im Vordergrund, was der Stifter überhaupt erreichen will. Laut Jakob gibt es in der Schweiz «zu viele kleine Stiftungen und zu viele, die dieselben Ziele verfolgen». Folglich sollten sich Stifter überlegen, ob es in dem von ihnen definierten Bereich überhaupt eine eigenständige Stiftung brauche. Ausserdem sollten sich angehende Stifter Gedanken darüber machen, ob die Rechtsform Stiftung das geeignete Gefäss für ihr Vorhaben ist, wie Jakob in einem Leitfaden zu gemeinnützigen Stiftungen in der Schweiz ausführt. Schliesslich gibt es mit dem Verein, der Genossenschaft oder einer gemeinnützigen GmbH oder AG auch Alternativen zur Stiftung. Des Weiteren ist zu prüfen, ob sich die Idee einfacher mit einer Spende oder einer unselbständigen Stiftung realisieren lässt. Stiftungen böten im Vergleich mit Spenden die Möglichkeit, sich einzubringen und nah an den Projekten «dran» zu sein, sagt Beate Eckhardt, Geschäftsführerin des Verbands Swiss Foundations. Potenzielle Stifter müssten für sich entscheiden, ob sie dies wollten.

In der zweiten Phase geht es um das Konzept bzw. den Zweck der Stiftung – also darum, wie das Projekt konkret aussehen sollte. In dieser Phase ist unter anderem zu entscheiden, ob die Stiftung für sich agieren oder in ein breiteres Umfeld eingebettet werden soll. Auch der Sitz und örtliche Wirkungsbereich der Stiftung wird in dieser Phase festgelegt. Der Stiftungszweck sei die «wichtigste Leitplanke» einer Stiftung, bei einer zeitlich unbeschränkten Stiftung auch über den Tod hinaus, heisst es in einer Übersicht, die der Verband

Swiss Foundations zusammen mit dem Centre for Philanthropy Studies (Ceps) an der Universität Basel und der Dachstiftung Fondation des Fondateurs erarbeitet hat. Folglich sollte er sehr überlegt formuliert sein. Es sei sinnvoll, wenn der Stifter ausserdem als Vorgabe für den Stiftungsrat ein «Leitbild» erlasse. Swiss Foundations hilft angehenden Stiftern auch mit einem Erstgespräch.

Auf die zweite Phase folgt die Planung, in der sich das Vorhaben konkretisiert und in die persönliche Lebensund Nachlassplanung integriert wird. Dabei ist unter anderem zu klären, wie viel Vermögen der Stiftung gewidmet werden kann. Eine Stiftung gilt bis zu einem Vermögen von 10 Mio. Fr. als klein, im Bereich 10 Mio. bis 50 Mio. Fr. als mittelgross und ab einem Vermögen von 50 Mio. Fr. als gross. Stifter mit weniger Geld sollten sich die Frage stellen, ob ihre Idee gut genug ist, um andere Geldgeber anzuziehen und nachhaltiges Fundraising zu betreiben, sagt Jakob, der auch Gründungspartner einer auf Stiftungs- und Erbrecht spezialisierten Kanzlei in Zürich ist. Alternativ bietet sich auch die Gründung einer Verbrauchsstiftung an. Hier wird das Vermögen nach und nach aufgezehrt. Solche Stiftungen seien seit einigen Jahren im Kommen, sagt Beate

Das Geld ist gebunden

Stifter sollten sich darüber im Klaren sein, dass das Geld in der Stiftung gebunden sei, wenn diese errichtet sei, sagt Eckhardt. Zudem sei es wichtig, die Kosten zu berücksichtigen. Bei den Gründungskosten fallen etwa Anwaltshonorare, Gebühren für den Handelsregistereintrag und Notariatskosten an. Gemäss Swiss Foundations ist mit Kosten von mindestens 10 000 Fr. zu rechnen. Laufende Kosten fallen in den Bereichen Administration, Vermögensverwaltung, Revision und Aufsicht an. Es gelte, kritisch zu prüfen, ob die Höhe des zukünftigen Vermögens in einem angemessenen Verhältnis zum Stiftungszweck stehe, heisst es in dem Überblick von Swiss Foundations, Ceps und Fondation des Fondateurs.

Spätestens in der dritten Phase empfiehlt es sich, juristische und steuerliche Experten hinzuzuziehen. So ist beispielsweise zu prüfen, welche Folgen die Gründung der Stiftung für den Nachlass hat – ob dadurch also etwa

Pflichtteile von Angehörigen verletzt werden. Es sei ratsam, den Ehegatten bzw. Lebenspartner und andere Familienangehörige «mit ins Boot zu holen», sagt Jakob. Sonst stehe schnell der Familienfrieden auf dem Spiel. Bei der Planung sollten Stifter aber auch überlegen, wie die Gründung der Stiftung in ihre eigene Vermögensplanung passt und ob sie danach noch über genug Vermögen für ihren gewünschten Lebensstandard verfügen. Auch die Frage, welche Absicherung für die anderen Familienmitglieder nötig ist, gilt es zu klären.

Jüngere Stiftungsgründer

In dieser Phase stellt sich auch die Frage, wie die Stiftung organisiert sein soll. Dabei geht es etwa darum, ob die Stiftung neben dem Stiftungsrat über weitere Organe verfügen und wie der Stifter und die Familie partizipieren sollen. Früher seien die meisten Stifter recht spät im Leben als solche aktiv geworden, sagt Jakob. Der Stiftungsrat habe dann oft nur aus dem Stifter selbst. dessen «Rechtsanwalt des Vertrauens» sowie dessen «Banker des Vertrauens» bestanden. Hier hätten sich die Zeiten deutlich geändert. Heute gründeten viele ihre Stiftung früher. Bereits bei der Gründung ist also für eine gute Governance der Stiftung zu sorgen. Dazu gehören auch - neben der Kompetenz - unabhängige Mitglieder im Stiftungsrat. Eckhardt empfiehlt Gründern, mit einem kleineren Stiftungsrat von drei bis fünf Personen zu starten. In diesem sollten verschiedene Kompetenzen abgedeckt sein. Zudem sollten die Mitglieder neben der Freude am Amt und Professionalität auch genug Zeit für diese Aufgabe mitbringen.

In der vierten Phase, der Umsetzung, geht es schliesslich darum, Dokumente wie die Stiftungsurkunde und Reglemente zu erstellen. In der Regel wird die Stiftung bei der Aufsichtsbehörde und der Steuerbehörde vorgeprüft und schliesslich beim Handelsregister angemeldet. Laut Jakob gilt es zudem, sich über die Tätigkeitsstrategie der Stiftung Gedanken zu machen. Des Weiteren habe auch die Vermögensverwaltung und -bewirtschaftung enorm an Bedeutung gewonnen. Diese Punkte seien auch deshalb wichtig, weil die Aufsichtsbehörden sie verschärft in den Blick genommen hätten. Je nach Grösse und der Zusammenstellung des Vermögens könne es sinnvoll sein, ein Anlagereglement zu errichten.

STANDPUNKT VON DIDIER BOROWSKI, AMUNDI

Vor Frankreich liegt ein langer Weg

Bei Macrons Reformen geht es auch um Europas Zukunft

MICHAEL FERBER

Nach etwas mehr als vier Monaten im Amt sind die Popularitätswerte des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron gesunken - auch wenn sich eine Stabilisierung abzeichnet. In einer am Sonntag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop erklärten noch 53% der Befragten, mit Macrons Amtsführung unzufrieden zu sein, nach 57% im August. Der 39-Jährige im Elyséepalast zeigt Willen zu Reformen sowie zum Sparen und verliert keine Zeit. Der Rückgang der Popularität Macrons in den Umfragen hänge stark damit zusammen, dass dieser die Arbeitsmarktreform angepackt habe, sagt Didier Borowski, Chefökonom der französischen Anlagefondsgesellschaft Amundi. Diese Reform sei zu begrüssen, sie alleine reiche aber bei weitem nicht aus, um für ein höheres Wirtschaftswachstum in Frankreich zu sorgen. Hierfür seien einige weitere strukturelle Reformen sowie Steuersenkungen für Unternehmen nötig. Vor Frankreich liege ein langer Weg, folglich müssten Macron und seine Regierung aufpassen, dass sie ihre Landsleute mitnähmen, sagt Borowski.

Mehr Flexibilität für KMU

Die Arbeitsmarktreform soll vor allem kleinen und mittelgrossen Unternehmen grössere Flexibilität geben. Gemäss Studien beschäftigen Unternehmen mit weniger als 50 Angestellten in Frankreich 63% aller Arbeitnehmer. Die Reform sieht vor, dass die Führung von Firmen in Zukunft direkt mit ihren Angestellten verhandeln kann, die Macht von Gewerkschaften soll beschnitten werden. Solche direkten Verhandlungen könnten sich in einer grösseren Lohnzurückhaltung äussern, beispielsweise in Phasen, in denen Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Auch im Bereich Entschädigungszahlungen nach Entlassungen kommt es zu Änderungen. Dabei sollen Abfindungen, die Arbeitsgerichte bei nicht gerechtfertigten Kündigungen festlegen, gesetzlich begrenzt werden. Zwar kam es in der vergangenen Woche zu Massenprotesten gegen die Pläne, doch Macron hat am Freitag fünf Verordnungen zur Arbeitsmarktreform un-

Die Reform sei weitreichend und sehr wichtig, sagt Borowski. In Frankreich lag die Arbeitslosenquote im Juli dieses Jahres bei hohen 9.8%. Allerdings sollten die Erwartungen bezüglich der kurzfristigen Effekte der Reform nicht zu hoch sein, sagt der Amundi-Vertreter. Kurzfristig gesehen könnten sich die neuen Regelungen sogar negativ auf die Beschäftigung auswirken. Es werde wohl Jahre dauern, bis sich die Reform in positiven Effekten für die Bevölkerung niederschlage und spürbar werde. Zweifellos befindet sich Macron erst am Beginn, wenn die französische Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die öffentlichen Haushalte in Frankreich in Ordnung gebracht werden sollten.

Laut Borowski zeigt der neue französische Präsident einen starken Willen, beim Budget die von den Maastrichter Verträgen vorgegebene Defizitgrenze von 3% des Bruttoinlandprodukts (BIP) in diesem Jahr einzuhalten – es wäre das erste Mal seit 2007. Finanzminister Bruno Le Maire hat in einem Interview vergangene Woche angekündigt, die Neuverschuldung 2017 bei 2,9% halten zu wollen. Im Jahr 2018 soll das Defizit noch 2,6% betragen. Dafür sind Kürzungen, beispielsweise beim Wohngeld für Studenten und sozial Schwächere, vorgesehen. Die Regierung hat ausserdem Lohnsteigerungen von Staatsangestellten eingefroren. Am Mittwoch wird die französische Regierung ihren ersten Haushalt vorlegen. In den Bestrebungen, die Maastrichter Stabilitätskrite-



«Die Reform ist zu begrüssen, sie alleine reicht aber bei weitem nicht aus.»

Didier Borowski Chefökonom Amundi

rien einzuhalten, zeige sich, wie wichtig Macron eine sehr gute Beziehung zu Deutschland sei, sagt Borowski. Der französische Präsident orientiere sich stark an Deutschland.

Beschleunigte Integration

Bei den Reformen gehe es auch nicht alleine um Frankreich, sagt der Amundi-Vertreter. Das Ziel sei vielmehr, gemeinsam mit anderen Ländern die Euro-Zone zu stabilisieren. Er ist zuversichtlich, dass dies gelingen wird. Die Tür für eine noch weitergehende Kooperation mit Deutschland sieht er weit offen. Die beiden europäischen Führungsmächte dürften bald weitreichende Initiativen für die Euro-Zone vorstellen, erwartet Borowski. Es sei mit einer Beschleunigung der finanzpolitischen Integration der Euro-Zone zu rechnen. Für diese Woche hat Macron eine Grundsatzrede zur Zukunft der Euro-Zone angekündigt.

Für den langfristigen Erfolg der Politik Macrons und seiner Regierung in Frankreich sei es wichtig, die Bürger von der Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Reformen zu überzeugen – und dass es eine Zeit dauern könne, bis diese wirkten. Macron und seine Regierung müssten einen französischen Weg für die Reformen finden, der auch gewisse Härten abfedere, sagt Borowski. Macron und seine Regierung hätten Glück, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessere. Dies mache es viel einfacher, solche Reformen durchzubringen. Die französische Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 0,5% gewachsen, es war das vierte Quartal in Folge mit einem Plus.

WAS BANKEN RATEN

Aktienhoch kein Grund zur Sorge?

cae. · Der Risikoappetit der Anleger ist beachtlich. Die US-Aktienmärkte (S&P 500, Nasdaq, Dow Jones) klettern auf neue Höchststände, die Risikoprämien für Hochzinsanleihen liegen auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren – es braucht gegenwärtig einiges, um den Investoren die Laune zu verderben. Die Ökonomen der Fondsgesellschaft Allianz Global Investors sehen trotzdem keinen Grund zur Sorge. Vielmehr denken sie, dass die zuletzt besser ausgefallenen Makrodaten den Finanzmärkten

weltweit weiteren Auftrieb geben werden. Laut einer Umfrage in den USA liegt denn gegenwärtig auch der Anteil der Bullen am Markt auf dem höchsten Stand im laufenden Jahr.

Kaum etwas Neues aus Deutschland

cae. · Kurz vor den Wahlen in Deutschland rätseln auch die Ökonomen der UBS über mögliche Koalitionskombinationen in der künftigen deutschen Regierung. Wirtschaftspolitisch wird es aber wohl sowieso nicht zu grossen Würfen kommen. Am ehesten erwartet die UBS eine leichte Senkung der Einkommenssteuer, während die Ausgabepolitik noch ungewiss sei.